



Frankfurt gemeinsam gestalten.

Perspektiven für die Großstadt der Zukunft

In Frankfurt geht was.



Inhalt

Vorwort	3
Frankfurt gemeinsam gestalten	4
Perspektiven für die Großstadt der Zukunft.....	4
Frankfurt – Stadt der Schule und Betreuung	6
Frankfurt – Stadt für alle	8
Flächenentwicklung	8
Stärkung der Stadtteile	9
Wohnungsgesellschaften als Chance.....	9
Bezahlbarer Wohnraum	9
Frankfurt – Stadt der guten Arbeit und erfolgreichen Wirtschaft	11
Frankfurts Stärken stärken	11
Gute Arbeit, guter Lohn	11
Familie und Beruf	12
Digitale Wirtschaft	12
Stadt der Gründer	12
Die Stadt ist weiblich.....	12
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.....	12
Vielfalt der Kultur(en).....	13
Stark gegen Gewalt.....	13
Industriepolitik, industrielle Arbeitsplätze	13
Verkehrsinfrastruktur	14
Aus- und Weiterbildung	15
„Wirtschaftsfreundliche“ Stadtverwaltung und Wirtschaftsförderung	15
Gegen Dumping-Wettbewerb bei den Gewerbesteuern	15
Frankfurt – Ort der Auseinandersetzungen um ein gerechteres Wirtschaftssystem.....	16
Frankfurt – Stadt der Kultur und Kreativen	17
Der Wert von Kultur misst sich nicht in erster Linie an wirtschaftlichen Maßstäben	17
Frankfurt ist das bedeutendste kulturelle Zentrum in Hessen	17
Kulturelle Bildung ist der Schlüssel zur Kultur für alle	18
Internationalität ist kulturelle Vielfalt.....	18
Frankfurt-Rhein-Main als kulturelles Forum in Europa	18
Der öffentliche Raum der Stadt gehört ihren Bürgerinnen und Bürgern	18
Frankfurt – Stadt des guten Lebens	19
Frankfurt – Stadt des Sports	21
Frankfurt – Stadt der Chancen und der Vielfalt	23
Jugendpolitik.....	24
Altenpflege: mehr Fachkräfte und persönliche Zuwendung.....	24
Älter werden in Frankfurt: die seniorengerechte Stadt.....	24
Inklusion von Menschen mit Behinderungen.....	25
Gesundes Leben ermöglichen	25
Drogenpolitik und Cannabis.....	25
Ja zu Vielfalt – Nein zu Extremismus.....	26
Frankfurt – Stadt der Sicherheit	27



Vorwort

Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter,

wir leben in einer tollen Stadt – voller Energie, internationaler Vielfalt und voll permanenter Veränderung. Frankfurt ist attraktiv. Immer mehr Menschen ziehen jedes Jahr nach Frankfurt, weil sie hier leben, arbeiten oder studieren möchten, und oft, weil sie eine Familie gründen. Darüber freuen wir uns sehr.

Gleichzeitig stellt diese rasante Entwicklung die Politik vor große Herausforderungen. Wir Sozialdemokraten haben überzeugende Antworten auf diese Herausforderungen. Unsere Ziele dienen der Integration und dem Zusammenhalt in unserer Stadt. Ausreichend bezahlbare Wohnungen, sanierte Schulen, ausreichend Betreuungsplätze, genügend Arbeitsplätze für alle Einkommensgruppen und die Erweiterung unseres kulturellen Angebotes sind dabei die wesentlichen Eckpfeiler. Die Frankfurter SPD steht für eine Kommunalpolitik, deren Kernanliegen es ist unsere wachsende Stadt gerecht und fair zu gestalten.

Bitte unterstützen Sie uns bei der Umsetzung unserer konkreten Ziele und nachhaltigen Lösungen: Mit Ihrer Stimme bei der Kommunalwahl am 6. März!



Mike Josef

Vorsitzender der Frankfurter SPD



Frankfurt gemeinsam gestalten

Perspektiven für die Großstadt der Zukunft

Die Stadt am Fluss ist im Fluss. Sie ist attraktiv, sie wächst, sie verändert sich. Schon zu Goethes Zeiten war Frankfurt am Main eine dynamische, prosperierende, internationale Stadt. Bedeutende Institutionen strahlen auch heute weit über die Stadtgrenzen hinaus, von der Europäischen Zentralbank bis zur Hauptverwaltung wichtiger Gewerkschaften, vom Städelschen Kunstinstitut, das in diesem Jahr sein 200-jähriges Jubiläum feiert, bis hin zur Goethe-Universität, die in aller Welt verbunden wird mit dem Institut für Sozialforschung und der großartigen Kritischen Theorie.

Das alles sind Gründe, stolz zu sein auf unsere Stadt.

Auf das Neue und die Neuen ist man in der Messestadt Frankfurt traditionell neugierig. Denn die „Eingepackten“ (Frankfurter Redensart) bringen etwas mit, das uns nützt: Ideen, Güter, Wissen. Es kommen immer mehr Menschen nach Frankfurt, um zu arbeiten und um hier zu leben. Sie bereichern in ihrer Vielfalt unsere Stadt. Darüber freuen wir uns. Zugleich stellt uns das vor große Aufgaben: Viele, die Frankfurt zu dem gemacht haben, was es ist, fürchten, an den Rand gedrängt oder ganz aus der Stadt vertrieben zu werden. Mieten und Lebenshaltungskosten steigen. Auch Normalverdiener und Familien geraten finanziell unter immer größeren Druck. Darum ist für uns die größte Aufgabe, unsere wachsende Stadt gerecht zu gestalten. Eine Stadt des sozialen Friedens ist uns ein Herzensanliegen.

Bis in weite Teile der Mittelschicht hinein ist die Krise der Lebenshaltungskosten spürbar. Deshalb stehen wir für bezahlbare Mieten. Statt Verdrängung der Mieter wollen wir einen Mietpreisstopp. Frankfurts Herz schlägt in den Stadtteilen. Gewachsene Stadtteilstrukturen werden wir schützen.

Die Lebensqualität in den Stadtteilen und die Gesundheit der Menschen sind für uns ein hohes Gut. Wir werden die Belastung durch Lärm, Feinstaub und andere Luftschadstoffe in allen Stadtteilen vermindern. Deshalb werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Betrieb des Flughafens innerhalb verlässlicher Regeln erfolgt, die den Lärm reduzieren und den Schutz der Bevölkerung gewährleisten.

Wir bekennen uns zu dem in der sozialen Wirklichkeit leider oft vernachlässigten Ideal der Chancengleichheit und der Bildungsgerechtigkeit, die man nicht auf die Frage der Finanzierung einengen darf. Es geht auch um die Perspektive: Wir können es uns ehrlicherweise gar nicht leisten, nur die Guten zu fördern. Ausgrenzung darf, nicht zuletzt im Bewusstsein der katastrophalen Zustände der „Banlieues“, bei uns gar nicht erst entstehen. Wir wollen Schulen, die unterschiedliche kulturelle Milieus und religiöse Prägungen aushalten und im besten Fall Erfahrungen ermöglichen, diese zu überwinden. Dafür brauchen wir Ganztagschulen. Mit uns ist Betreuung garantiert. Trotz massiver Anstrengungen beim Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder ist es der Stadtregierung bisher nicht gelungen, bis zum Ende der Grundschulzeit eine verlässliche Betreuung zu schaffen. Deswegen wird mit uns bis zum Jahr 2020 jedes Kind einen Betreuungsplatz bekommen können. Die Sanierung unserer Schulen in allen Stadtteilen ist für uns eine Daueraufgabe.

Frankfurt ist eine wichtige Kunststadt. Nicht nur Oper, Schauspiel und das Ausstellungswesen werden in ihrer Vitalität überregional beachtet. Die beeindruckende Fülle der etablierten, oft durch Bürgerengagement gestützten Kultureinrichtungen wollen wir für unsere Stadt unbedingt erhalten. Es war lange Zeit ein Alleinstellungsmerkmal der Mainmetropole, gleich mehrere große Tageszeitungen zu beherbergen. Es gibt sie noch, aber sie kämpfen mit dem medialen Wandel. Von diesem Wandel profitiert paradoxerweise wiederum die Stadt. Hier befindet sich der größte europäische Internetknotenpunkt. So froh wir darüber auch sind: Der mediale Wandel darf nicht zu einer Verflachung des öffentlichen Diskurses führen. Frankfurt muss die Stadt des kritischen Geistes bleiben.

Eine lebendige, demokratische Stadtgesellschaft ist auf verbindliche Informationen und pluralistische Diskussionen angewiesen. Der Abbruch des „Rundschau-Hauses“ im Zentrum der Stadt hatte einen schmerzlichen Symbolcharakter. Aber es wäre töricht sich abzuschotten, in nostalgischer Sehnsucht nach der guten alten (analogen) Zeit. Der neue „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas) birgt Risiken, aber auch Chancen. Um darüber einen kritischen Austausch zu führen, lässt sich kein besserer Ort als Frankfurt denken.

Viele Menschen, vor allem die jüngeren, haben verstanden, dass der öffentliche Raum allen gehört, wenn sie sich per Twitter zu spontanen Crowds verabreden. Eine moderne Stadtgesellschaft muss diese neue, mehr über Communities als über traditionelle Milieus sich konstituierende Öffentlichkeit begreifen. Sie muss ihr gegenüber nicht nur gewappnet sein, sondern sie als Chance sehen. Konkret: Wir wollen den öffentlichen Raum noch stärker pflegen als bisher. Dabei schauen wir auf die ganze Stadt. Es ist uns ein Anliegen, dass möglichst viele am öffentlichen Leben teilhaben können.

Als besondere Lebensader der Stadt werden wir den Main noch stärker für die Menschen in den Mittelpunkt rücken. In unserer Tradition des Museumsufers und des Lebens am Fluss werden wir das Main-Naherholungsgebiet für eine neue Nutzung gewinnen.

In Frankfurt leben die gewachsenen örtlichen Kulturen mit den neuen globalen Kulturen zusammen. Internationale Eliten sind hier ebenso ansässig wie Flüchtlinge und Asylsuchende, die den Kriegen und der Armut ihrer Heimat entkommen sind. Es kommt darauf an, die Traditionen zu schützen, ohne sich arrogant zu verschließen. Vom guten Leben der Stadt sollten möglichst viele profitieren. Es kommt darauf an, die alten mit den neuen Realitäten zusammenzuführen und auch hier die Gegensätze zu überwinden. Womöglich stehen uns überraschende Bündnisse bevor – und originelle Lösungen.



Frankfurt – Stadt der Schule und Betreuung

Bildung ist auch in Frankfurt der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben für alle jungen Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Elternhaus. Sie ermöglicht sozialen Aufstieg, demokratische Teilhabe und die persönliche Emanzipation. Eine **solidarische Bildungslandschaft ist Kern sozialdemokratischer Politik**.

Unser Ziel ist es, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Jedes Kind und jeder Jugendliche soll die Chance bekommen, den für sich bestmöglichen Abschluss zu erreichen. Dies kann sowohl eine Berufsausbildung als auch ein Abitur mit Studium sein. Wir wollen die **Vielfalt der Bildungsgänge**, die möglichst viele Aufstiegschancen für alle bereithalten sollen. Deshalb ist für uns die bevorzugte Schulform die integrierte Gesamtschule mit Oberstufe. Außerdem setzen wir uns für ein weiteres grundständiges Gymnasium und **für zwei zusätzliche gymnasiale Oberstufen** in Frankfurt ein. Diese sollen die bestehenden integrierten Gesamtschulen aufwerten und ergänzen, um so den Weg zum Abitur auch für Real- und Gesamtschülerinnen und -schüler zu ebnet. Als hilfreiche Ergänzung sehen wir hierzu auch die beruflichen Gymnasien an.

Unsere Idee kommunaler Bildungspolitik gestalten wir **auf Augenhöhe mit allen Beteiligten: Schulen, Lehrkräften, der Schülerschaft, den Eltern und allen im Bildungsbereich Arbeitenden**. Anstatt diese nur über bereits vollendete Tatsachen zu informieren, werden wir Sorgen und Probleme ernst nehmen, zusammen mit den Betroffenen Lösungen erarbeiten und gemeinsam dazulernen. Bildungspolitische Maßnahmen von oben wird es mit der SPD nicht geben – wir treten ein für eine aufrichtige, partnerschaftliche Kooperation und wünschen uns eine aktive Mitgestaltung durch die Beteiligten, beispielsweise in Form von Regionalkonferenzen, Fachbeiräten oder Runden Tischen in den Stadtteilen.

Wir stehen für **angemessen ausgestattete und sanierte Schulgebäude**, die kontinuierlich und nachhaltig instand gehalten werden. Zu diesem Zweck werden wir den Aktionsplan Schule alle fünf Jahre überprüfen und fortschreiben. Um dies und weitere Maßnahmen zu finanzieren, setzen wir zusätzlich auf eine **Erhöhung der Gewerbesteuer um 30 Punkte, von denen 10 Punkte auf Dauer in unsere Schulen** fließen sollen. Diese

solidarische Bildungsfinanzierung, die **ohne neue Schulden** auskommt, verringert den Investitionsstau und ermöglicht es, alle Schulen in Frankfurt in einen gleichwertigen baulichen Zustand zu versetzen.

Die Frankfurter SPD wird sicherstellen, dass spätestens im Jahr 2020 **jedes Grundschulkind, das einen Betreuungsplatz benötigt, bis 17 Uhr in der Schule oder im Hort betreut wird**. Diese Platzgarantie nach der Einschulung ist für uns deshalb so wichtig, damit alle Familien ihr Berufs- und Privatleben entsprechend ihrer Bedürfnisse organisieren und gestalten können. Wir haben die Interessen von Bildungseinrichtungen in ganz Frankfurt im Blick. Gut ausgestattete Schulen mit breitem Angebot stabilisieren ganze Nachbarschaften. **Als echte Ganztagschulen** können sie sich positiv auf den Stadtteil und die ganze Stadt auswirken. Deshalb besteht Handlungsbedarf, gerade auch in diejenigen Stadtteile zu investieren, die jahrelang vernachlässigt worden sind. Wir wollen die Schulgemeinden stark machen und so ausstatten, dass sie den kontinuierlich wachsenden Aufgaben gerecht werden können. **Es ist im Interesse aller Frankfurterinnen und Frankfurter, dass der soziale Frieden in unserer ständig wachsenden Stadt gewahrt wird**. Wir sind davon überzeugt, dass eine aktive, zielgerichtete Bildungspolitik hierzu einen zentralen Beitrag leisten kann.

Gerade im **vorschulischen Bereich** können entscheidende Weichen gestellt werden, um Kindern zu **besseren Startchancen** zu verhelfen. Ein zentrales Anliegen sowohl in der Betreuung für unter Dreijährige als auch in Kindertagesstätten ist uns, dass alle Kinder so gut Deutsch sprechen lernen, dass ihre Einschulung gelingt und sie ihre weitere schulische Laufbahn erfolgreich realisieren können. Für uns sind Kompetenzen in einer weiteren Sprache keine Schwäche, sondern eine zusätzliche Qualifikation, die ausgebaut und geschätzt werden muss.

Um allen Kindern und Jugendlichen, die dies wünschen, den Besuch einer Regelschule zu ermöglichen, unterstützen wir den **Kurs der Inklusion in der Frankfurter Bildungslandschaft** mit Nachdruck. Wir sehen das Land in der Pflicht, an allen Regelschulen ausreichend sonderpädagogische Lehrkräfte zu beschäftigen und werden diese durch multiprofessionelle Teams unterstützen. Das nächstgelegene Beratungs- und Förderzentrum steht dann zur Beratung aller Schulgemeinden zur Verfügung. Wir bekennen uns zur Jugendhilfe an der Schule und werden sie als integralen Bestandteil des schulischen Betriebs verstetigen.

Eine biografiebegleitende Unterstützung von Kindern und Jugendlichen ist der Leitgedanke einer Bildungslandschaft, von der alle profitieren können: Ziel muss es hierbei sein, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz respektive einen Job im ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. In diesem Sinne werden wir die kommunale Beschäftigungsförderung auf ihren Erfolg hin überprüfen und sicherstellen, dass die beruflichen Schulen entsprechend ausgestattet sind. Anlaufstellen des zweiten Bildungsweges sowie öffentliche Einrichtungen wie die Volkshochschule und die Stadtbücherei sind für uns in diesem Zusammenhang unverzichtbar. Ein kostenloser Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bleibt ein Kernanliegen der Frankfurter SPD.



Frankfurt – Stadt für alle

Frankfurt wächst seit vielen Jahren. Die hohe Lebensqualität zieht viele Menschen an, die hier leben wollen. **Wir freuen uns darüber, auch wenn uns diese Entwicklung vor große Herausforderungen stellt.** Bezahlbarer Wohnraum ist für jeden Frankfurter und für jede Frankfurterin – egal ob neu zugezogen oder hier geboren – ein wichtiges Thema. Denn viele Menschen leiden unter den ständig steigenden Mieten und können sich eine Wohnung kaum oder gar nicht mehr leisten.

Der „freie Markt“ ist nur bedingt in der Lage, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Hier ist die Politik gefragt. Die Frankfurter SPD kämpft seit vielen Jahren für bezahlbare Wohnungen, für ein **Frankfurt für alle.**

Flächenentwicklung

Frankfurt ist eine Stadt mit engen Grenzen. Viele Flächen (Stadtwald, Grüngürtel, Fluglärmszonen) stehen für eine Bebauung nicht zur Verfügung. Aufgrund des starken Bevölkerungswachstums ist es deshalb notwendig, **neue Wohngebiete** zu entwickeln.

Die SPD wird in Regierungsverantwortung mittelfristig einen **neuen Stadtteil im Norden** entwickeln. Dieser Stadtteil soll die bestehenden Quartiere durch zusätzlichen Wohnraum entlasten. Wir setzen uns für die zügige **Einhausung der A 661** zwischen Bornheim und Seckbach und für die Entwicklung von Siedlungen in der Nachbarschaft ein. So will die SPD mit diesem von ihr vorgelegten Konzept zahlreiche neue Wohnungen schaffen. Bestehende Strukturen werden rücksichtsvoll in die Planungen mit einbezogen. Die SPD wird, wo möglich und sinnvoll, unbebaute Flächen, die an bestehende Quartiere angrenzen, für Wohnungsbau nutzen. Die Lebensqualität in benachteiligten Stadtteilen werden wir verbessern, ohne die angestammten Mieterinnen und Mieter zu verdrängen. Die SPD setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten des **Vorkaufsrechts** durch die Stadt konsequent zu nutzen, um **Mieterverdrängung zu verhindern** und Wohnungsbau durch alternative Eigentumsformen wie z. B. Genossenschaften zu fördern.

Stärkung der Stadtteile

Um sich in Frankfurt wohlfühlen, ist nicht nur eine erschwingliche Wohnung, sondern auch das Wohnumfeld von großer Bedeutung. Deshalb ist eine funktionierende soziale und verkehrliche Infrastruktur auch in bislang eher vernachlässigten Stadtteilen ein zentrales Ziel der SPD. So werden wir Programme der Städtebauförderung, etwa das Bundesprogramm „Soziale Stadt“, im Interesse der Mieterinnen und Mieter deutlich mehr nutzen. Wir werden auch der Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerung entgegenwirken, z. B. durch Milieuschutz und Bebauungspläne. Die Umwandlung leer stehender Büroräume in Wohnungen werden wir fördern.

Die SPD wird die Bürgerinnen und Bürger früher als bisher an Entscheidungsprozessen beteiligen. An den gemeinsam entwickelten Ergebnissen wird die SPD – im Gegensatz zur bisherigen Praxis – dann auch festhalten. Wir werden mehr Räume für Vereine und Gruppen zur Verfügung stellen. Damit wird die SPD auch Stadtteilprojekte anstoßen beziehungsweise unterstützen, die der Integration und dem Zusammenwachsen der Bevölkerung dienen.

Zu lebendigen Stadtteilen gehört auch eine gute Nahversorgung. Deshalb werden wir neue Konzepte entwickeln, um den Einzelhandel in den Stadtteilen über Aktionen der Wirtschaftsförderung zu stärken. Das Wohnumfeld muss attraktiv sein. Wir werden Investitionen in den Bestand der Straßen, der Fuß- und Radwege, der Brücken, der Kanalisation und der Gemeinschaftsflächen Vorrang vor Neubauten geben.

Wohnungsgesellschaften als Chance

Mit über 50.000 Wohnungen ist die **städtische ABG Frankfurt Holding** die größte Vermieterin in Frankfurt. Auch die im öffentlichen Besitz befindliche Nassauische Heimstätte ist mit über 16.000 Wohnungen im Stadtgebiet ein wichtiger Akteur. Wir wollen, dass im Mittelpunkt beider Gesellschaften wieder die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung steht.

Die städtische Wohnungs-Holding soll nach unserer Auffassung als **Mietpreisbremse** wirken. Wir werden die **ABG auch in die Lage versetzen, vermehrt Mietwohnungen zu errichten**. Zu diesem Zweck werden wir ihr mehr günstige Grundstücke aus städtischem Besitz zur Verfügung stellen.

Wir werden unseren Einfluss auch geltend machen, damit sich die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu besseren Dienstleistern für die Mieterinnen und Mieter weiterentwickeln. Wir werden ihre Mitspracherechte erweitern und zum Beispiel mehr Mieterbeiräte ermöglichen. Ganz konsequent werden wir den **Verkauf** von Anteilen an den städtischen Wohnungsbaugesellschaften oder den Verkauf von Teilen **ihres Wohnungsbestandes auch in Zukunft verhindern**.

Bezahlbarer Wohnraum

Hohe Mieten und rabiate Methoden der Mieterverdrängung in innenstadtnahen Stadtteilen sind für viele Bewohnerinnen und Bewohner zu einem großen Problem geworden und führen nicht selten sogar zum Verlust der Wohnung. Die öffentlichen Wohnungsgesellschaften müssen deshalb ein starkes **Gegengewicht zu Mieterhöhungen und Immobilienspekulationen** bilden. Das bedeutet auch: Die städtische ABG muss mehr neue, bezahlbare Wohnungen bauen.

Die SPD will als Schwerpunkt ihrer Politik mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Deshalb werden wir den öffentlich geförderten Wohnungsbau mit einem **100-Millionen-Euro-Programm** in den nächsten fünf Jahren deutlich stärken. Wir werden sicherstellen, dass **mindestens 40 % der neu entstehenden Wohnungen der ABG Holding im geförderten Wohnungsbau** errichtet werden – je zur Hälfte als Sozialwohnungen und zur anderen Hälfte als geförderter Wohnraum für mittlere Einkommen.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die städtische Wohnungsbau-Holding einen **Mietpreisstopp** für die nächsten drei Jahre beschließt. Das entlastet viele Haushalte und wirkt mietspreibremsend. Aus dem gleichen Grund treten wir dafür ein, dass bei künftigen Mietspiegeln **ausnahmslos alle nicht preisgebundenen Mieten berücksichtigt** werden und nicht nur die in den letzten vier Jahren erhöhten Mieten. Die Vernichtung preiswerter Mietwohnungen durch Umwandlung in teure Eigentumswohnungen oder die Umnutzung für gewerbliche Zwecke wollen wir stoppen.

Die SPD wird in Regierungsverantwortung veranlassen, dass Wohnungsamt und Bauaufsicht endlich wirkungsvoll gegen illegale Verdrängungspraktiken vorgehen. Wir werden **Beratung und Hilfe** für Bewohnerinnen und Bewohner in Stadtteilen mit hohem Verdrängungsdruck anbieten. Wir fordern, dass die Landesregierung der Stadt Frankfurt endlich einen **Genehmigungsvorbehalt** bei der Umwandlung bisheriger Mietwohnungen in Eigentumswohnungen einräumt.

Die SPD drängt darauf, dass die Stadt mit einem **Zweckentfremdungsverbot** gegen ungerechtfertigten Leerstand von Wohnungen sowie gegen die Umwandlung von Wohnungen in andere Nutzungen vorgehen kann. Die Stadt muss im Bedarfsfall auch ihr **Vorkaufsrecht** nutzen.

Es fehlt auch **bezahlbarer Wohnraum für Studierende und Auszubildende**. Wir werden dem Mangel durch verstärkte Wohnraumbereitstellung begegnen. Die SPD wird mit den Frankfurter Hochschulen, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer, unter Einbeziehung der städtischen Wohnungs-Holding, neue Modelle der Wohnraumbereitstellung für junge Leute in Studium und Ausbildung entwickeln.



Frankfurt – Stadt der guten Arbeit und erfolgreichen Wirtschaft

Frankfurts Stärken stärken

Um Arbeitsplätze, wirtschaftliche Prosperität und damit auch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer in Frankfurt zu sichern, ist es notwendig, die Branchenvielfalt zu erhalten. Wir wollen vor allem die Wirtschaftsbereiche fördern, die bereits heute in besonderem Maße zu Frankfurts wirtschaftlicher Stärke beitragen. Dies sind insbesondere: Banken/Finanzdienstleistungen, Messe, Logistik/Verkehr (Flughafen, aber auch Bahn und Flusshäfen), Kreativwirtschaft, digitale Wirtschaft, Chemie, Gesundheit/Life Science/Biotechnologie, Automotive, Bildung/Forschung, bedeutende Unternehmer- und Branchenverbände, wichtige Gewerkschaften und Sportverbände.

Gute Arbeit, guter Lohn

Wir wollen, dass Frankfurt in allen Bereichen eine Stadt der guten Arbeit bei guter Entlohnung wird. Während es vielen in Frankfurt sehr gut geht, gibt es auch in unserer reichen Stadt noch zu viele prekäre Arbeitsverhältnisse. Wir wollen **Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse eindämmen**. Die Stadt soll als Arbeitgeber Vorbild für andere sein: Wir wollen eine **verbindliche Tarifbindung für alle Arbeitnehmer/-innen**, die direkt oder indirekt für die Stadt arbeiten (in der Stadtverwaltung, in allen städtischen Gesellschaften, Subunternehmen, stadtnahen Vereinen und von der Stadt beauftragten Trägern). Das heißt, dass die Tarifsteigerungen der Beschäftigten der freien Träger ebenfalls zu refinanzieren sind. **Dazu gehören auch die Sicherung der Ausbildungsplätze und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Wir wollen, dass keine weiteren städtischen Unternehmen oder Betriebe privatisiert werden und bereits erfolgte Privatisierungen darauf überprüft werden, ob eine Rekommunalisierung für die Stadt Frankfurt langfristig nicht günstiger ist. Hierbei soll auch berücksichtigt werden, ob die Privatisierung zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten geführt haben bzw. führen würde. Bei der Vergabe städtischer Aufträge sind neben wirtschaftlichen Kriterien auch soziale und ökologische Komponenten wie Tarifbindung, Ausbildung, Anteil der Leiharbeit, Fa-

milienfreundlichkeit und altersgerechte und gesundheitsfördernde, diskriminierungsfreie Arbeitsbedingungen zu berücksichtigen.

Familie und Beruf

Familie ist dort, wo Kinder sind. Dabei ist es unerheblich, ob und in welcher Weise ihre Eltern zusammenleben. Wir wollen Frankfurt zur familienfreundlichsten Stadt Deutschlands machen, indem wir die besten Rahmenbedingungen schaffen. Wir setzen uns für innovative Arbeitsplatzkonzepte ein, die Eltern mehr Flexibilität ermöglichen, z. B. durch variable Kernarbeitszeiten in Kombination mit einem Vertrauensarbeitsort.

Digitale Wirtschaft

Frankfurt gehört bereits heute zu den führenden Standorten der digitalen Wirtschaft. Diesen Vorsprung muss die Wirtschaft in der Stadt nicht nur halten, sondern noch ausbauen. Damit können weitere hochwertige und zukunftsfähige Arbeitsplätze im Handel, im Dienstleistungssektor und in der Industrie entstehen. Dazu braucht es eine **auf Frankfurt zugeschnittene digitale Standortpolitik**, welche die notwendigen Investitionen in Strukturen und Qualifikation schafft. Deshalb setzen wir auf den **weiteren Ausbau der digitalen Infrastruktur** und schnelle Datenleitungen in allen Stadtteilen. Wir werden die **Etablierung einer sicheren IT-Plattform mit einheitlichen Kommunikationsstandards** zur besseren Vernetzung kleiner und mittlerer Unternehmen in Frankfurt und Rhein-Main unterstützen. Wir werden digitale Innovationen und neue digitale Geschäftsmodelle, zum Beispiel durch **verbesserte Beratungs- und Finanzierungsangebote für Gründer/-innen**, fördern. Wir werden einen Bildungsschwerpunkt auf digitale Kompetenzen in Schule, Ausbildung und beruflicher Weiterbildung setzen. Wir setzen auf Kooperation mit Gewerkschaften und anderen Interessenvertretern zur Weiterentwicklung der Prinzipien der „Guten digitalen Arbeit“. Die Standards bei Datenschutz und Datensicherheit wollen wir fördern und weiter ausbauen.

Stadt der Gründer

Damit Frankfurt die Stadt für Existenzgründer wird, wollen wir die bisherigen Anstrengungen zur **Förderung von Selbstständigkeit** verstärken und Existenzgründer einfach und unbürokratisch unterstützen: durch Zugang zu Risikokapital, einfache Förderanträge, Bereitstellung günstiger Büroräume und Betriebsflächen für die ersten Jahre. Die stärkere Einbindung der ansässigen akademischen Forschungseinrichtungen wird einen weiteren Beitrag zu einem **Frankfurter Gründerboom** leisten. **Frankfurt soll die innovativste Stadt in Deutschland werden**, denn Innovationen sind der Treiber für wirtschaftliches Wachstum. Wichtig für die Förderung einer Gründer- und Unternehmenskultur ist auch die Verankerung dieses Themas bereits im schulischen Wissenserwerb (in Kooperation mit der IHK). Wir setzen uns ein für die Möglichkeit einer „zweiten Chance“ für Existenzgründer.

Die Stadt ist weiblich

Die SPD ist die Partei der Emanzipation. Seit unserer Gründung stehen wir für die Durchsetzung der Frauenrechte und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Gesellschaft. **Wir unterstützen Frauen in ihrem Streben nach Freiheit und Gerechtigkeit**, unabhängig davon, welchen Lebensentwurf sie wählen. **Frauenfeindlichkeit, Vorurteile und Sexismus haben in unserer Stadt keinen Platz!**

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Mit dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz hat die SPD-geführte Landesregierung 1993 den Grundstein gelegt für die Frauenförderung im öffentlichen Dienst. An diesen Erfolg wollen wir anknüpfen und uns für eine bessere Frauenförderung auch in der Wirtschaft einsetzen. Bei der gleichberechtigten Besetzung von

Führungspositionen soll die Stadtverwaltung Frankfurt Vorbild sein. **Wir werden den Dialogprozess mit der Wirtschaft intensivieren und kommunale Ziele zur Frauenförderung vereinbaren.**

Wir wollen, dass Frauen auch im Alter selbstbestimmt leben können. Ein guter Lohn in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wäre die beste Vorsorge gegen Altersarmut. Daher wollen wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit in allen Branchen verwirklichen. Aber auch wer während der Berufstätigkeit keine ausreichenden Altersbezüge erwirtschaften konnte, muss im Alter finanzielle Sicherheit erfahren. **Gemeinsam mit den Gewerkschaften stehen wir für bessere Arbeitsbedingungen**, höhere Löhne und verlässliche Arbeitszeiten, insbesondere in den Sozial- und Dienstleistungsberufen, in denen überwiegend Frauen tätig sind.

Vielfalt der Kultur(en)

Die Vielfalt der Kulturen ist unsere Stärke und bereichert das Leben in unserer Stadt. Fraueninitiativen und -organisationen, die sich für die Integration, Emanzipation und gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen einsetzen, leisten wertvolle Arbeit. Wir werden sie stärken und besser fördern.

Viele Frauen genießen die Freiheit und die Vielfalt der Kultur- und Freizeitangebote in Frankfurt. Sie sollen sich in allen Stadtteilen auch abends sicher fühlen. **Wir werden Angsträume identifizieren und beseitigen**, um für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum zu sorgen. Insbesondere für ältere Frauen wollen wir die Möglichkeiten verbessern, sich aktiv in die Kulturarbeit einzubringen.

Fraueninitiativen, Frauenhäuser und -vereine sind unverzichtbare Anlaufstellen für viele Frauen in schwierigen Lebenssituationen. Sie tragen erheblich zur Stabilisierung der Gesellschaft sowie zur Verbesserung der Berufschancen und der Lebensqualität von Frauen bei. **Wir werden die institutionelle Frauenförderung auf einer 5-Jahres-Basis stabilisieren.** Wir werden die Arbeit des Frauenreferats in Zusammenarbeit mit den Frankfurter Fraueninitiativen und -organisationen neu ausrichten. Unser Ziel ist es, Themen junger Frauen stärker in den Blick zu nehmen und neue Initiativen in die Förderung einzubeziehen.

Stark gegen Gewalt

Die SPD-geführte Bundesregierung hat 2001 mit dem Gewaltschutzgesetz die Rechte der Frauen gestärkt, die sich gegen gewalttätige Männer wehren. Dieser mutige Schritt, der vor allem Frauen mit Kindern in eine schwierige Lage bringen kann, muss professionell begleitet werden. **Wir werden in Zusammenarbeit mit der „Task Force Häusliche Gewalt“ die Nachsorge von Frauen verbessern**, die ihre gewalttätigen Männer aus dem Haus verweisen oder Gewalttaten zur Anzeige bringen. Hierfür werden wir die Fraueninitiativen personell stärken. Ausgehend von den positiven Erfahrungen bestehender Projekte werden wir ein Konzept entwickeln, wie eine erfolgreiche therapeutische Täterarbeit stadtweit ausgebaut und vernetzt werden kann.

Die Prostitution ist der älteste Beruf, der bis heute ganz überwiegend von Frauen ausgeübt wird. Er muss – wie alle Berufe – ein Mindestmaß an Arbeitsschutz und den Schutz der Menschenwürde sichern. **Wir unterstützen die Sexarbeiterinnen in ihrem Bestreben nach Legalisierung und Selbstständigkeit.** Gemeinsam mit den Frauenvereinen werden wir Kriterien für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz, Gefahrenschutz und Beratung von Prostituierten in den Frankfurter Bordellen entwickeln und diejenigen Einrichtungen auszeichnen, die diese Standards umsetzen. Nach dem Modell der Stadt Marburg werden wir in Zusammenarbeit mit der Polizei und den Fraueninitiativen ein Informationsportal einrichten, über das **Verstöße gegen Arbeitsschutz und Menschenwürde anonym gemeldet** werden können.

Industriepolitik, industrielle Arbeitsplätze

Frankfurt ist europaweit Spitze im Finanz- und Dienstleistungsbereich. **Genauso trägt in hohem Maße das produzierende Gewerbe zur Wertschöpfung in der Stadt bei.** Gerade die Breite und Vielfalt der Frankfurter

Wirtschaft trägt zum Wohlstand der Stadt bei und sichert diesen auch in konjunkturellen Krisen. Wir unterstützen die Erarbeitung eines in die Zukunft weisenden „Masterplans Industrie“. **Wir bekennen uns zu einer aktiven Industriepolitik.** Das bedeutet neben der Sicherung und dem Ausbau der bestehenden Industrie- und Gewerbeflächen vor allem die Stärkung von Bildung und Ausbildung, insbesondere der Fächer in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.

Verkehrsinfrastruktur

Grundlegende Voraussetzung für die Erhaltung unserer Wirtschaftskraft ist eine **hervorragende Verkehrsinfrastruktur**. Frankfurt verfügt über eine einzigartige Verkehrsanbindung mit einem Flughafen als internationalem Drehkreuz und einer gut ausgebauten Anbindung sowohl an das europäische Schienen- als auch an das Autobahnnetz. Der Frankfurter Hauptbahnhof ist eines der wichtigsten Drehkreuze des europäischen Eisenbahnnetzes, dessen Zulaufstrecken stark überlastet sind. Deshalb müssen insbesondere die Engpässe im Schienenfernverkehr in der Relation Fulda–Frankfurt–Mannheim durch einen entsprechenden Aus-/Neubau beseitigt werden. Neben dem dringend **notwendigen Neubau der nordmainischen S-Bahn** sind Nah- und Fernverkehr im Rhein-Main-Gebiet stärker zu trennen.

Die Zeiten der autogerechten Stadt gehören der Vergangenheit an.

Wir treten deshalb für einen Ausbau der Verkehre des Umweltverbundes (Radverkehr, Fußgänger, ÖPNV, Car-sharing) ein. Vorrangig für uns ist der Anschluss der neuen Baugebiete an den öffentlichen Nahverkehr durch Ausbau des Straßenbahn- und U-Bahnnetzes. Die bereits jetzt stark belastete U-Bahn in der Eschersheimer Landstraße wollen wir durch einen **Lückenschluss zwischen Bockensheimer Warte und Ginnheim** entlasten, entsprechende Trassen sind zu prüfen. Stark belastete Buslinien sollen, soweit sinnvoll, durch Ausbau des Straßenbahnnetzes ersetzt werden. Die bisher unattraktiven Querverbindungen müssen verbessert werden. Deshalb befürworten wir den Bau der Regionaltangente West. Dabei genießt der am stärksten nachgefragte Abschnitt zwischen Höchst und Flughafen Priorität. Das Nachtbusangebot muss optimiert werden.

Schwarz-Grün hat den Bau des Terminals 3 am Flughafen genehmigt und in die Wege geleitet. Dass dabei auf einen Anschluss an den öffentlichen Nah- und Fernverkehr verzichtet wurde, ist ein weiterer Fehler. **Frankfurt benötigt einen leistungsfähigen zentralen Busbahnhof** für die Abwicklung des Fernbusverkehrs in der unmittelbaren Nachbarschaft des Hauptbahnhofs. **Für die Bahnhöfe und die Fahrzeuge des ÖPNV muss die volle Barrierefreiheit hergestellt werden.** Die Tarife im ÖPNV haben ein nicht mehr hinnehmbares Niveau erreicht. Der RMV ist der teuerste Tarifverbund Deutschlands. Wir treten dafür ein, dass sich das Niveau der **RMV-Fahrtpreise künftig wieder an dem vergleichbarer Verbünde orientiert.** Durch eine **neue Tarifstruktur** sollen die Fahrpreissprünge, wie sie z. B. zwischen Fechenheim oder Oberrad und Offenbach bestehen, beseitigt werden.

Das **Radwegenetz muss weiter ausgebaut werden**, dabei sind Rad- und Gehwege konsequent voneinander zu trennen. Wir werden für eine bessere Verzahnung von Fahrradverkehr und öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) sorgen. Dazu gehören der in anderen Städten seit Langem praktizierte Bau von abschließbaren Fahrradboxen an ÖPNV-Haltestellen ebenso wie der Bau von Fahrradparkhäusern an wichtigen Umsteigestationen des ÖPNV-Netzes wie z. B. Hauptbahnhof, Hauptwache und Konstablerwache. Wir wollen ein neues Konzept zum Ausbau der Park & Ride-Plätze in Zusammenarbeit mit der Region entwickeln.

Das **Carsharing ist ein wichtiges Instrument** zur Reduzierung des Stellplatzbedarfs, das weiter gefördert werden muss. Hierzu werden Stellplätze benötigt. **Wir werden den Ausbau der E-Mobilität fördern.** Wir werden uns dafür einsetzen, dass entlang der Autobahnen A 5 und A 661 der seit Jahren geforderte Lärmschutz endlich verwirklicht wird. Ebenso ist der Lärmschutz an den durch die Stadt führenden Eisenbahnlinien zu verbessern. **Der Verfall der Straßen und Gehwege muss endlich gestoppt werden.** Wir werden uns dafür einsetzen, dass in die kommenden Haushalte ausreichend Mittel eingestellt werden, um die Verkehrswege wieder in einen ansprechenden Zustand zu versetzen.

Wir betrachten den **öffentlichen Nahverkehr als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge**. Eine **Privatisierung der Leistungen und der Infrastruktur des ÖPNV lehnen wir deshalb ab**. U-Bahn und Straßenbahn müssen deshalb auch künftig in der Hand des städtischen Verkehrsbetriebes verbleiben. Die von Schwarz-Grün privatisierten Frankfurter Buslinien wollen wir schrittweise rekommunalisieren.

Aus- und Weiterbildung

Wir wollen Frankfurt als Stadt des Lehrens und Lernens stärken. Dazu gehören die **Vernetzung der vielfältigen Bildungsinstitutionen** in unserer Stadt (Goethe-Universität, Frankfurt University of Applied Sciences, Schulen und Berufsschulen, private Bildungseinrichtungen, Volkshochschule etc.) und die **Förderung des Wissenstransfers** von den Forschungseinrichtungen in die Wirtschafts- und Arbeitswelt. Mit einer besseren Anerkennung ausländischer Ausbildungen und Berufsabschlüsse helfen wir nicht nur den Betroffenen, sondern können auch einem drohenden Fachkräftemangel entgegenwirken; dazu gehört auch ein **Ausbau der Beratungs- und Weiterbildungsangebote**. Wir wollen eine **Ausbildungsgarantie** (kein Jugendlicher ohne Ausbildung). Für uns ist wichtig, auch die Jugendlichen, die den Anforderungen der Ausbildungsbetriebe noch nicht gerecht werden, ausbildungsfähig zu machen und während ihrer Ausbildung weiter zu begleiten und zu fördern.

Wir wollen, dass die Stadt Frankfurt und die städtischen Gesellschaften auch in Bezug auf Ausbildung ein Vorbild für andere sind. Dazu gehört auch, den **Anteil städtischer Mitarbeiter/-innen und Azubis mit Migrationshintergrund zu erhöhen**. Dazu ist es u. a. notwendig, interkulturelle Kompetenz und besondere Sprachkenntnisse stärker bei der Bewerberauswahl zu berücksichtigen.

„Wirtschaftsfreundliche“ Stadtverwaltung und Wirtschaftsförderung

Wir wollen die **Bürokratie der Stadtverwaltung auf ein Minimum reduzieren** und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Die Frankfurter Wirtschaftsförderung wollen wir weiterentwickeln („One-Stop-Agency“) und Vertreter der Gewerkschaften, der IHK und der Handwerkskammer an Planungsprozessen vermehrt beteiligen. Wir wollen ein **nachhaltiges Flächenmanagement und Grundstücksbevorratung** entsprechend dem Beispiel der Städte München und Wien; dazu gehört auch die aktive Ausübung von Vorkaufsrechten der Stadt. Hier besteht auch die Möglichkeit, regional den Wirtschaftsraum Rhein-Main gemeinsam besser zu entwickeln.

Gegen Dumping-Wettbewerb bei den Gewerbesteuern

Die SPD wendet sich gegen einen Dumping-Wettbewerb. Um für die Bürgerinnen und Bürger Frankfurt als modernes und leistungsfähiges Gemeinwesen weiterzuentwickeln und den Herausforderungen der wachsenden Stadt gerecht zu werden, sind entsprechende Einnahmen die Voraussetzung. Deshalb werden wir die in einem fehlgeleiteten Wettbewerb mit den Nachbargemeinden in der Region erfolgte **Gewerbesteuerabsenkung wieder rückgängig** machen.

Frankfurt – Ort der Auseinandersetzungen um ein gerechteres Wirtschaftssystem

Frankfurt ist ein wichtiges europäisches Finanzzentrum, Sitz der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Bankenaufsicht. Deshalb ist Frankfurt auch der Ort, an dem die Auseinandersetzung um eine gerechtere Organisation des Finanzsektors stattfinden muss. Frankfurt ist aber auch ein Zentrum der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in dem eine ganze Reihe von Hauptvorständen wichtiger Gewerkschaften ihren Sitz hat. Gute Arbeit, gerechter Lohn, Gleichberechtigung am Arbeitsplatz und die immer weiter auseinandergehende Schere zwischen Arm und Reich sind Themen, die in Frankfurt besonders intensiv diskutiert werden. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten macht gerade die Kombination der unterschiedlichen Kräfte das Wesen Frankfurts aus. **Wir wollen Widersprüche nicht zudecken, sondern die Kultur des kritischen Diskurses weiterentwickeln.**



Frankfurt – Stadt der Kultur und Kreativen

Frankfurt zeichnet sich durch seine Weltoffenheit, seine Liberalität und das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger aus. Der Charakter Frankfurts als Stadt der Bildung wurde über 100 Jahre lang vor allem durch die ansässige Universität, das studentische Leben und die **Kritische Theorie** der Frankfurter Schule geprägt. Wir werden dieses Erbe in Frankfurt lebendig halten und fördern. Es muss auch **künftig Räume für Gesellschaftskritik**, kritische Diskurse und Protest geben. Das Studierendenhaus soll als offenes Haus der Kulturen hierfür Raum bieten. **Protest und ziviler Widerstand gehören zu einer lebendigen Demokratie**. Wir stehen ein für die Wahrung demokratischer Grundrechte wie z. B. der Demonstrationsfreiheit, und wir wollen eine **Bürgerbeteiligung**, die ein Mehr an Demokratie und nicht nur ein Werbegag ist.

Der Wert von Kultur misst sich nicht in erster Linie an wirtschaftlichen Maßstäben

Die SPD wird in Regierungsverantwortung die **herausragenden künstlerischen Leistungen** unserer Städtischen Bühnen, Museen und anderen Kultureinrichtungen finanziell sichern. Sie wird die Pflege der kulturellen Vielfalt Frankfurts besser als bisher ergänzen durch die Förderung der „**freien**“ **Kultur- und Kunstszene**, die endlich einen **angemessenen Anteil** an den Finanzmitteln des Kulturhaushalts der Stadt erhalten wird. Die SPD wird Kultur für alle ermöglichen. Sie wird deshalb auch etablierte Förderstrukturen mit Blick auf die oft prekäre Lebensrealität Frankfurter Künstler und im Kunstbetrieb arbeitender Menschen überprüfen.

Frankfurt ist das bedeutendste kulturelle Zentrum in Hessen

Wir werden die **Zusammenarbeit mit den anderen Städten und Landkreisen** im Rhein-Main-Gebiet zur Finanzierung gemeinsamer Kulturangebote intensivieren.

Kulturelle Bildung ist der Schlüssel zur Kultur für alle

Die SPD wird der **kulturellen Jugendbildung** im Spannungsfeld zwischen Schule, Hochschule und Kultureinrichtungen neue Chancen einräumen und endlich Kooperationen erleichtern. Wir werden **freien Eintritt für Kinder und Jugendliche** in die Frankfurter Kultureinrichtungen ermöglichen. Wir werden Kulturlabore fördern, die in Zusammenarbeit mit den Frankfurter Hochschulen Musik, Künste und Theorie zusammenbringen. Auf unserer Prioritätenliste steht ein **selbstständiges Kinder- und Jugendtheater**, das als „Haus des Kindes“ auch pädagogische und vermittlungstheoretische Fragestellungen in seine Arbeit einbezieht.

Internationalität ist kulturelle Vielfalt

Frankfurt ist die internationalste Stadt Deutschlands. Frankfurts Kulturtradition ist nicht selbstgenügsam, sondern offen, neugierig und auf Vermittlung ausgerichtet. Die SPD betrachtet die verschiedenen Kulturen in Frankfurt als bereichernde Vielfalt und will alle in das kulturelle Leben der Stadt integrieren. Wir werden Projekte, die das Zusammenleben der Kulturen zum Thema haben, mit einem **Förderprogramm** unterstützen. Die SPD wird die bestehenden **Städtepartnerschaften** finanziell besser ausstatten. Wir werden das **Programm „Frankfurt – Stadt der Zuflucht“** für verfolgte Autoren, Journalisten und Karikaturisten beleben und erweitern.

Frankfurt-Rhein-Main als kulturelles Forum in Europa

Die SPD wird Frankfurt stärker als **europäische Kulturmetropole** profilieren. Wir wollen eine **internationale Frankfurter Kunstmesse** dauerhaft verankern. Die SPD wird die Film- und Kinoszene und ihre Initiativen wie das Filmhaus Frankfurt stärken sowie den unterschiedlichen **Frankfurter Filmfestivals mit einem gemeinsamen Saal** einen zentralen Ort geben, an dem sie überregional wahrgenommen werden können. Wir streben an, dem Film in der Stadt des Deutschen Filminstituts und des Deutschen Filmmuseums durch **Konzentration der Hessischen Film-Fördereinrichtungen** mehr Strahlkraft zu geben. Frankfurt als **Stadt der Musik** nicht zuletzt mit der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst wird nach unserem Willen in Zukunft deutlicher herausgestellt.

Der öffentliche Raum der Stadt gehört ihren Bürgerinnen und Bürgern

Die SPD wird in Regierungsverantwortung die Straßen und Plätze, Ufer und Parks noch mehr als Lebensraum erfahrbar machen und den **öffentlichen Raum für die Bürger (zurück-)gewinnen**. Dafür werden wir neue Formen von Kunst und Kultur auf Plätzen und dezentral in den Stadtteilen erlebbar machen. Wir werden die Lebensbedingungen in den Stadtteilen durch **Erhaltung der Bürgerhäuser** und die Förderung von lokalen kulturellen Initiativen voranbringen.

Zudem wollen wir ein nichtkommerzielles, **kostenloses WLAN-Angebot an den zentralen Plätzen unserer Stadt bereitstellen**, um den Zugang zu digitalen Kommunikationsformen im Internet als Erweiterung des öffentlichen Raums zu ermöglichen.

Wichtig ist uns, dass Kultur nicht nur als Fassade herausgeputzt wird, dass sie nicht nur wegen „des Schielens nach Standortvorteilen“ und Rentabilität gepflegt wird, sondern in ihrem „Eigensinn“ und in ihrer **Eigengesetzlichkeit ernst genommen wird**.



Frankfurt – Stadt des guten Lebens

Alle Frankfurterinnen und Frankfurter sollen sich in unserer Stadt wohlfühlen. Die städtische Umwelt darf nicht krank machen, sondern soll Lebensfreude vermitteln. Die SPD wird in Regierungsverantwortung die Belastung durch **Schadstoffe und Lärm reduzieren**.

Die SPD will **ökologische und energieeffiziente Gebäude** mit bezahlbaren Wohnungen. Es darf keinen Widerspruch zwischen sozialem und ökologischem Wohnungsbau geben. Die Wirtschaftlichkeit aller Gebäude herkömmlicher Bauweise ist schon bei ihrer Planung gegenüber Niedrigenergie- und Passivhausniveau nachzuweisen. Über die gesamte Nutzungsdauer und für alle Baustoffe von Gebäuden soll eine **Energiebilanz** erstellt werden.

Wir wollen, dass 100 % des Energiebedarfs der Stadt bis 2040 durch **regionale Versorgung aus erneuerbaren Quellen** kommen und dass der Energieverbrauch nur noch halb so hoch ist wie heute. Damit sichert die SPD gesunde Lebensbedingungen der Frankfurterinnen und Frankfurter, schafft Arbeitsplätze und stärkt die Kaufkraft in der Region. Die SPD wird dafür sorgen, dass durch ein möglichst genaues **Energiekataster** geklärt wird, in welchen Bereichen der Stadt diese effiziente Energieversorgung durch erneuerbare Energien möglich ist.

Wir streben an, dass die **Umweltzone** auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet wird. Wir werden die **Ausweitung von verkehrsberuhigten Zonen** und die Ausweisung von Fußgängerzonen voranbringen. Die Schließung der Hauptwache für den Durchgangsverkehr hat gezeigt, was möglich ist. Wir wollen den Main noch stärker als bisher „als Lebensader“ der Stadt aufwerten. Dafür werden wir das nördliche **Mainufer in dem zentralen Bereich am Eisernen Steg zwischen Alter Brücke und Untermainbrücke zur Fußgängerzone** entwickeln.

Wir wollen die Mobilität unserer Einwohner sichern – mit einem Verkehrsangebot, das ihren Bedürfnissen und Anforderungen entspricht: Wir wollen einen attraktiven und bezahlbaren **öffentlichen Nahverkehr**.

Die SPD wird sicherstellen, dass die Frankfurter **Parks und Grünflächen** als grüne Oasen in der Stadt, als Orte der Freizeit und als Treffpunkte für tausende Frankfurterinnen und Frankfurter besser und nachhaltiger

ausgestattet und gepflegt werden. Wir sehen unseren **Stadtwald** nicht in erster Linie als forstwirtschaftlichen Betrieb, sondern als Naherholungsgebiet und als grüne Lunge der Stadt.

Wir werden die Belastung durch **Lärm, Feinstaub und andere Luftschadstoffe** in möglichst allen Stadtteilen vermindern und für eine ausreichende finanzielle Ausstattung dieser aktiven Gesundheitspolitik sorgen.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass der Betrieb des **Flughafens** innerhalb verlässlicher, einklagbarer Regeln erfolgt, die den Schutz der Bevölkerung gewährleisten. Der Lärm muss abnehmen. Die SPD setzt sich insbesondere ein für die Ausweitung des Nachtflugverbotes auf die gesetzliche Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr. Wir werden alles tun, um verlässliche Lärmobergrenzen festzuschreiben und damit den Dauerschallpegel sowie die Zahl der davon betroffenen Wohnungen zu reduzieren.

Wir wollen verstärkte Anreize für den Einsatz von leiseren Flugzeugen durch deutlichere Spreizung der Landegebühren bieten. Die Folgekosten des Ausbaus sollen durch die Verursacher getragen werden. **Für das Terminal 3 fordern wir ein Moratorium**, d. h. eine Aussetzung des Baus bis zur Findung eines neuen Flughafenkonsenses. Dieser Konsens muss ein **Nachtflugflugverbot von 22 bis 6 Uhr** und eine feste Lärmobergrenze unterhalb des gegenwärtigen Lärmniveaus beinhalten.

Für die SPD gilt: In Frankfurt hat die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen Vorrang vor wirtschaftlichem Profit.



Frankfurt – Stadt des Sports

Sport steigert die Lebensqualität, dient der Gesunderhaltung und bringt Menschen zusammen. Wir wollen den Sport und die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger fördern. Gleichzeitig erfordern kommunale Herausforderungen wie eine wachsende Einwohnerzahl und der Anstieg der älteren Bevölkerung **neue kommunalpolitische Lösungsansätze**. Zentral für die SPD ist die **Förderung des Ehrenamtes** in den Sportvereinen. Wir wollen **bürokratische Hemmnisse** bei der Nutzung von Hallen und Sportflächen schnellstmöglich aus dem Weg räumen, damit deutlich mehr Interessierte als bisher die vorhandenen Sportstätten nutzen können.

Die SPD wird in Regierungsverantwortung allen Menschen in Frankfurt einen erschwinglichen und wohnort-nahen Zugang zu sportlichen Aktivitäten ermöglichen. Wir werden dafür sorgen, dass sie **Sportstätten in ihrer Nähe** aufsuchen und vor allem, dass sie **sich Sport auch leisten können**. Für eine bessere Nutzung von Schulturnhallen und -sportplätzen auch in den Abendstunden und den Ferien werden wir ein **qualifiziertes Sportstätten-Management** einrichten.

Die SPD wird in unserer wachsenden Stadt Sportstätten von Anfang an bei allen Projekten der **Stadtplanung mit einbeziehen**. Das bedeutet auch, neue Sportarten zu erschließen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. **Sport auf dem Main und an seinen Ufern** werden wir als Markenzeichen Frankfurts weiterentwickeln und mit besonderem Schwerpunkt fördern.

Wir werden die Kommunikation und den Informationsaustausch mit den Vereinen und dem Sportkreis durch ein jährliches **„Forum Frankfurter Sport“** im Römer verbessern. In direktem Kontakt mit den Ehrenamtlichen gilt es, einen veränderten Bedarf schnell zu erkennen, Fehlentwicklungen zu stoppen und basisnahe Angebote zu entwickeln.

Wir werden den Vereinen und dem Sportkreis **mehr Hilfe zur Selbsthilfe** ermöglichen und bei der Entwicklung vereinsübergreifender Mitgliederwerbung, digitaler Infrastruktur und dem Erfahrungsaustausch mehr städtische Hilfen anbieten.

Wir werden Sporthallen und andere kommunale Sportstätten – mehr als bisher – auch für Individualsportler zugänglich machen. Die Angebote der Frankfurter Bäder werden wir erhalten. Zusätzlich wollen wir den Bau neuer Schulschwimmbekken vorantreiben, die auch von Schwimmvereinen genutzt werden können.

Neben der Förderung des Breitensports setzt sich die SPD für den Bau einer Multifunktionsarena ein, die professionellen und international wettbewerbsfähigen Eishockey- und Basketballmannschaften angemessene Rahmenbedingungen bietet.



Frankfurt – Stadt der Chancen und der Vielfalt

Frankfurt ist eine **reiche Stadt**, gleichzeitig gibt es viel **soziale Ungleichheit** in unseren Stadtteilen. Eine funktionierende Gemeinschaft braucht deshalb einen **Interessenausgleich zwischen Stärkeren und Schwächeren**. Das gilt besonders für die internationale Stadt Frankfurt und ihre Bevölkerung mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund. Wir sind stolz darauf, dass es in Frankfurt keine sozialen Auseinandersetzungen gibt. Dieser soziale Frieden ist jedoch weder Zufall noch Geschenk, er muss immer wieder erarbeitet werden.

Sozialdemokratische Sozialpolitik will nicht nur „reparieren“, sondern **vorausschauend handeln**. Dafür müssen alle Politikfelder zusammenwirken. Menschen in Notlagen haben Rechte, sie sind keine Bittsteller. Wirksame Sozialpolitik ist nicht bevormundend, sondern baut Brücken in ein selbstbestimmtes Leben.

Wir wollen kommunale Sozialpolitik nicht nur erhalten, sondern weiterentwickeln, gemäß dem Ansatz der **Präventionskette**: Unterstützungsstrukturen von der Gesundheitsförderung über Jugendhilfe, Familienbildung, Frühförderung, Bildung und Arbeitsmarktförderung bis hin zur Altenhilfe werden so vernetzt, dass Benachteiligung und soziale Ausgrenzung gar nicht erst entstehen können. Wir stehen Menschen in jeder Lebenslage bei, unabhängig von Alter, Herkunft, Religion, Geschlecht und sexueller Identität.

Soziale Verwerfungen und Probleme werden vor Ort greifbar. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, brauchen wir Netzwerke, die sich deutlich mehr als bisher an den Lebensverhältnissen in den Stadtteilen orientieren. Gerade solche Quartiere, die besonders von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind, brauchen besondere Angebote. Dabei stellen wir Programme für Familien mit Kindern und für Senioren ins Zentrum. Der Schwerpunkt unserer Sozialpolitik liegt in der **Verbesserung von Strukturen und Netzwerken**. Frankfurt braucht Qualifizierungsoffensiven („Frankfurt braucht Fachkräfte – Frankfurt braucht dich“), gezielte schulische Förderungen („Kein Kind in Frankfurt ohne Schulabschluss“), kommunale Beschäftigungsförderung, Weiterentwicklung des Quartiersmanagements sowie eine Integrationspolitik, die auch ankommende Flüchtlinge einbezieht.

Jugendpolitik

Während andere Kommunen schrumpfen, **wächst Frankfurt jährlich allein um 300 Kinder**. Dieser wachsenden Zahl von Kindern und Jugendlichen muss Jugendpolitik Rechnung tragen. Unsere Angebote orientieren sich an den konkreten Lebensbedingungen in der Phase des Erwachsenwerdens. Um die bestmögliche Hilfe in dieser schwierigen Lebensphase sicherzustellen, werden wir die erfolgreichen Angebote der Jugendhilfe in Frankfurt ausbauen. Jugendpolitik geht für uns aber weit über klassische Sozialpolitik hinaus; sie hat das Ziel, allen jungen Menschen **Chancengleichheit, konkrete Hilfe und Teilhabe** zu ermöglichen.

Kinder und Jugendliche sollen in Frankfurt mitbestimmen. Wir wollen deshalb die **Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen** stärken die von Jugendverbänden und der StadtschülerInnenvertretung. Die SPD strebt an, das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre zu senken.

Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes Netz von Jugendzentren und konsumfreien Aufenthaltsmöglichkeiten. Wir werden die bestehenden Strukturen in Richtung Ganztagschulen weiterentwickeln. Freie Kinder- und Jugendarbeit einerseits und Schule andererseits müssen sich aufeinander zubewegen, damit Jugendzentren eine Zukunft haben.

Altenpflege: mehr Fachkräfte und persönliche Zuwendung

Schon jetzt gibt es in der Altenpflege einen enormen Fachkräftemangel, der sich aufgrund der demografischen Entwicklung noch weiter verschärfen wird. Deshalb wollen wir, dass der **Pflegeberuf deutlich attraktiver** gestaltet wird: durch Angleichung des Lohnniveaus an andere Gesundheitsbereiche, durch eine flächendeckende, einheitliche Tarifverpflichtung für die gesamte Branche, durch bessere Personalschlüssel und damit attraktivere Arbeitsbedingungen, durch verbesserte Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, durch attraktive berufliche Perspektiven für Quer- und Wiedereinsteiger sowie durch bessere finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen für Erst- und Zweitauszubildende. Wir werden deshalb in Frankfurt entsprechende **kommunale Modellprojekte** entwickeln, die mittel- und langfristig auch zu Impulsen auf Landes- und Bundesebene führen werden.

Die SPD strebt eine **würdevolle Pflege mit weniger Bürokratie** an. Entsprechende städtische Initiativen wie das „Frankfurter Programm – Würde im Alter“, das wichtige qualitative Aspekte der Pflege sichert, werden wir ausbauen. Würdevolle Pflege kann allerdings nur dann gewährleistet werden, wenn die politischen Rahmenbedingungen geändert werden und der Leistungsdruck auf die Pflegenden verringert wird. Dazu kann die Kommunalpolitik durch Pilotprojekte einen wichtigen Beitrag leisten.

Älter werden in Frankfurt: die seniorengerechte Stadt

Wir wollen **mitverantwortliches Leben im Alter** – die bisher ausgeprägte fürsorgliche Sicht auf das Alter werden wir durch eine Sicht ersetzen, die sich an den **Stärken und dem Gestaltungswillen** der älteren Menschen orientiert.

Mit der **partizipativen Altersplanung** haben wir ein zukunftsweisendes Projekt gestartet, das weit über die Grenzen Frankfurts hinaus beachtet wird. Wir werden diese Planung fortschreiben und durch weitere **Projekte der politischen und zivilgesellschaftlichen Teilhabe** weiterentwickeln. So wollen wir zur lebensbegleitenden Bildung in Frankfurt eine **Akademie des Alterns** aufbauen.

Zur seniorengerechten Stadt gehört es, dass Frankfurterinnen und Frankfurter **auch im Alter in ihren gewohnten Vierteln** bleiben können. Altersgerechte Wohnungen, Lieferservice für Lebensmittel, fußgängerfreundliche Stadtgestaltung, gute medizinische und pflegerische Betreuung, soziale Netzwerke gegen Vereinsamung und geeignete öffentliche Verkehrsmittel schaffen hierfür die Voraussetzungen. Wir werden mehr auf den

Stadtteil bezogene Beratungsstellen, Pflegeangebote sowie Bildungs- und Kulturarbeit für Ältere entwickeln.

Wir wollen, dass ältere Menschen in Frankfurt mehr **bedarfsgerechte Wohnangebote** vorfinden: neben der barrierefreien oder altengerechten Wohnung z. B. auch generationenübergreifende Wohnprojekte, Altenwohngemeinschaften und andere innovative individuelle oder gemeinschaftliche Wohnformen. Frankfurt braucht noch mehr barrierefreie öffentliche Verbindungen und Barrierefreiheit bei städtischen Einrichtungen – ob durch Rampen und Aufzüge in Gebäuden oder durch einen barrierefreien Internetauftritt.

Wir werden den **Seniorenbeirat** mit mehr Kompetenzen ausstatten, damit er als eigenständige Interessenvertretung der Älteren fungieren kann. Um den Seniorenbeirat aufzuwerten, werden wir seine Direktwahl einführen.

Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Inklusion im Sinne von umfassender Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an unserer Gesellschaft zu ermöglichen ist auch Aufgabe der Kommunalpolitik. Deshalb ist gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention unser Ziel, dass Menschen mit Behinderungen am **öffentlichen und kulturellen Leben in Frankfurt uneingeschränkt teilnehmen können**. Dafür sorgen wir durch besondere Hilfen wie die Bereitstellung von Fahrdiensten, aber auch durch den konsequenten Abbau von Barrieren – ob im öffentlichen Bereich z. B. bei Verkehrsmitteln oder in sozialer Hinsicht durch Aktionen gegen Stigmatisierung. Mit Unterstützung von Integrationsfirmen schaffen wir bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Gesundes Leben ermöglichen

Wir wollen, dass kommunale Gesundheitspolitik in Frankfurt die Voraussetzungen für **bessere Lebensqualität** schafft. Wir unterstützen Initiativen zur Ernährung und Bewegung von Kindern und Jugendlichen und werden das bestehende Angebot vor allem in jenen Stadtteilen ausbauen, in denen Kinder aufgrund ihrer sozialen Herkunft besonders gefährdet sind. Dafür werden wir Prioritätenlisten entwickeln.

Seit 2002 ist Frankfurt als Kompetenzzentrum für Migration und öffentliche Gesundheit anerkannt. Die **humanitäre Sprechstunde** des Gesundheitsamtes ist eine wichtige Anlaufstelle für die wachsende Zahl von Menschen, die keinen Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem haben. Daher muss das Angebot ausgeweitet werden.

Eine stadteilnahe klinische Versorgung ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Dem **Klinikum Frankfurt-Höchst** kommt dabei im Frankfurter Westen eine herausragende Bedeutung als kommunales **Krankenhaus der Maximalversorgung** zu. Der seit Jahren geforderte Neubau muss so realisiert werden, dass das Krankenhaus entweder in Kooperation mit einem anderen Partner oder eigenständig zukunftsfähig die umfassende Versorgung der Patienten garantieren kann.

Die älteren Frankfurterinnen und Frankfurter brauchen eine qualitätsvolle, **wohnortnahe medizinische Versorgung**. Ihre wachsende Zahl macht den Ausbau von geriatrischen Tages- und Kurzeinrichtungen ebenso erforderlich wie bestens ausgestattete Altenpflegeeinrichtungen und den Ausbau geriatrischer Abteilungen an den Krankenhäusern.

Drogenpolitik und Cannabis

Den vorbildlichen Frankfurter Weg der Drogenpolitik werden wir fortsetzen und aktuellen Entwicklungen anpassen. Cannabis wird heute schon international zur Linderung von Beschwerden bei Erkrankungen wie z. B. Aids, Krebs, Multipler Sklerose, Morbus Crohn oder Depressionen eingesetzt – bisher allerdings nur in Ausnahmefällen und nach Genehmigung durch die Bundesopiumstelle. Wir wollen eine **Legalisierung von Cannabis für Patienten**, die es benötigen, und eine Finanzierung durch die Krankenkassen.

Wir werden darauf drängen, den erfolgreichen Modellversuch der kontrollierten Heroingabe zu einer Dauereinrichtung zu machen. Das Verbot sogenannter illegaler Drogen hat bisher nicht zur Reduzierung des Drogengebrauchs geführt. Eine **Entkriminalisierung der Drogenkonsumenten** ist dringend erforderlich. Wir streben für Frankfurt einen Modellversuch zur legalen Abgabe von Cannabis unter wissenschaftlicher Begleitung an, der gemeinsam mit den Städten durchgeführt wird, die sich schon bisher erfolgreich am Modellversuch der kontrollierten Heroingabe beteiligt haben.

Ja zu Vielfalt – Nein zu Extremismus

Unsere Stadt hat eine lange integrative Tradition: Seit es Frankfurt gibt, sind immer wieder neue Gruppen von Menschen hinzugekommen, haben unsere Stadtgesellschaft bereichert und verändert. Für die SPD ist es selbstverständlich, dass wir uns gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus stellen. Woher jemand gekommen ist, darf für die bürgerschaftliche Teilhabe keine Rolle spielen. Daher setzen wir uns für ein **Kommunalwahlrecht für alle Frankfurter Bürgerinnen und Bürger** ein.

Mit einer von der Stadtgesellschaft getragenen umfassenden **Willkommenskultur** stellen wir sicher, dass sich Einwanderer, Flüchtlinge, Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Arbeitsmigrantinnen und -migranten sowie alle anderen Menschen, die nach Frankfurt kommen und bleiben wollen, hier zurechtfinden und einbringen können. Dabei kommt den **kommunalen Stellen eine besondere Verantwortung** zu: Sie müssen auf die verschiedenen Lebenssituationen der hier Ankommenden reagieren und ihnen den Start in ein möglichst selbstbestimmtes Leben in Frankfurt erleichtern. Dabei sind Offenheit, interkulturelle Kompetenz und fachlich qualifizierte Unterstützung der Neu-Frankfurter und Neu-Frankfurterinnen bei der Entwicklung ihrer persönlichen Potenziale besonders gefragt. Dies muss sich auch in der Einstellung sowie der Aus- und Fortbildung des städtischen Personals widerspiegeln.

Hierzu gehört für uns selbstverständlich auch, denjenigen, die aus den Krisenregionen der Welt geflüchtet sind und denen Frankfurt als Ort für **Asyl** zugewiesen wurde, pragmatische und effektive Hilfe zu leisten. Diese Menschen zu integrieren, ihnen Perspektiven und ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen mit einem **systematischen Rahmenkonzept zur Flüchtlingspolitik** in Frankfurt die Grundlagen schaffen, auch eine aufgrund der schwierigen weltpolitischen Lage wachsende Anzahl von Flüchtlingen in Würde aufzunehmen.

Alle Akteure sozialer Arbeit, seien sie haupt- oder ehrenamtlich tätig, werden für eine gelungene Willkommenskultur und nachhaltige Integration gebraucht. Unverzichtbare Partner sind die Träger der Freien Wohlfahrtspflege. Für diese soziale Arbeit werden wir ausreichende kommunale Mittel einplanen. Eine große Herausforderung wird sein, die angemessene finanzielle Beteiligung von Land und Bund sicherzustellen.

Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen, nicht zuletzt denjenigen aus schwierigen sozialen Milieus und bildungsfernen Familien, eine **gerechte Chance** geben, ihren Beitrag in der Gesellschaft zu leisten. In ihrer Interkulturalität sehen wir große Ressourcen und Chancen. Um Defizite aufzuarbeiten, setzen wir unter anderem auf mehr Jugendhilfe an der Schule und Ganztagsbetreuung.

Ein wichtiger Baustein für eine gelungene Integration ist der **Spracherwerb**. Er sollte möglichst schnell nach Ankunft in der neuen Heimat erfolgen, wobei eine besondere – auch kommunale – Förderung nötig ist. Auch Menschen, die sich schon länger in Frankfurt aufhalten und Sprachdefizite aufweisen, müssen sprachlich (nach-)qualifiziert werden.

Jenen, die aus religiösen, ideologischen oder anderen Gründen unsere **gemeinsame Stadtgesellschaft ablehnen, erteilen wir eine klare Absage**. Wir werden gemeinsam mit vielen Partnern in Frankfurt unsere bunte, offene, vielseitige Stadt entschieden gegen Extremismus, Antisemitismus und andere intolerante Irrlehren verteidigen.



Frankfurt – Stadt der Sicherheit

Sicherheit bedeutet Lebensqualität. **Sicherheit und Freiheit** bedingen einander – es gibt keine Sicherheit ohne Freiheit und keine Freiheit ohne Sicherheit. Um Sicherheit zu schaffen, reicht es nicht aus, gegen Kriminalität vorzugehen, wir müssen auch ihre Ursachen bekämpfen. Denn es gibt einen Zusammenhang zwischen Armut, Chancenlosigkeit, Ausgrenzung und Kriminalität.

Wichtige Garanten für die Sicherheit der Menschen sind **Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste**. Daher müssen wir gute Ausbildung, gute Ausrüstung und gute Finanzierung ihrer haupt- und ehrenamtlichen Arbeit sicherstellen. Bei der Bereitstellung der erforderlichen Mittel muss das Land Hessen seiner Verantwortung nachkommen.

Besondere Wertschätzung bringen wir den **Ehrenamtlichen** als wichtiger Stütze der Sicherheit in Frankfurt am Main entgegen. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag, beispielsweise helfen die Präventionsräte als gut vernetzte Experten aus den Stadtteilen, Probleme in ihrer Anfangsphase zu erkennen und zu lösen.

Zahlreiche Aktive wirken dabei mit, dass Frankfurt am Main sicher bleibt. Sie ermöglichen, dass Bürgerinnen und Bürger **frei, ohne Angst vor Gewalt und Kriminalität, vor Ausgrenzung und Benachteiligung** in unserer Stadt leben können.

Bildnachweis: Titelseite: iStockphoto © no_limit_pictures; S3: SPD Frankfurt; S4: iStockphoto © instamatics; S6: Judywie / photocase.de; S8: iStockphoto © Meinzahn; S11: iStockphoto © kickers; S17: © PIA Stadt Frankfurt am Main; S19: iStockphoto © Wicki58; S21: <FEHLT!!!>; S23: Maccaroni / photocase.de; S27: tom_u / 123RF Stockfoto



KOMMUNALWAHL
FRANKFURT
6. MÄRZ 2016

SPD Unterbezirk Frankfurt
Fischerfeldstraße 7-11
60311 Frankfurt am Main

ub.frankfurt-main@spd.de
www.spd-frankfurt.de
[facebook.com/spdffm](https://www.facebook.com/spdffm)
twitter.com/spd_ffm

